

Mitgliederinfo DIE LINKE. Altona November 2008

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch Hamburgs und damit Altonas Wirtschaft sind von der globalen Finanzkrise betroffen. Letzter Stand sind Wertberichtigungen bei der HSH Nordbank in Höhe von 2,3 Mrd. – Tendenz steigend. Die Landesbank hat in »vergiftete« Wertpapiere investiert. Diese müssen wohl abgeschrieben werden, weil die zugrunde liegenden Kredite für Häuser, Autos, Studiengebühren, Kreditkarten etc. nicht mehr bedient werden können.



Anfang des Jahres hatte dieses Wertpapierdepot der HSH-Nordbank einen Wert von 25 Mrd. Euro. Jetzt hat die Bank in ihrer Not beim Sonderfonds Finanzmarktstabilität (Soffin) des Bundes Bürgerschaften von bis zu 30 Mrd. Euro beantragt. Letztlich müssen die Eigentümer für die Verpflichtungen der Bank eintreten, was enorme Risiken für die öffentlichen Haushalte einschließt.

Auch die Aktiengesellschaft HASPA hat – wenn auch nicht im gleichen Umfang wie die Privatbanken – ihren SparerInnen »vergiftete« Wertpapiere angedient, die nun Totalverluste beklagen. 4.000 Kundinnen der Bank sind von der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers betroffen. Die Hamburg Verbraucherzentrale schätzt,

dass allein durch die Pleite dieser Bank rund 10.000 HamburgerInnen ihre Anlagen verloren haben. Sie klärt jetzt die Geschädigten über ihre Rechte auf. Es geht auch um Ansprüche gegenüber der HASPA wegen unzureichender Beratung.

Die HASPA hat durch den Verkauf von Lehman-Papieren ihren Ruf als kommunale Sparkasse schwer beschädigt. Im Gegensatz zu privaten Banken ist bei Sparkassen im Allgemeinen die Erzielung von Gewinn nicht der Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Die Sparkassen entstanden meist im 19. Jahrhundert, um den ärmeren Bevölkerungsschichten eine sichere Möglichkeit zu eröffnen, Kapital zur Risikovorsorge im Alter oder bei Krankheit zurückzulegen. Die Institute unterlagen daher strengen Geschäftsbeschränkungen, die im Zeitablauf nach und nach gelockert wurden.

Aus der HASPA wurde 2003 ein Finanzinstitut auf Aktienbasis, bei dem andere Regeln gelten. Statt den betroffenen SparerInnen Entschädigungen für Ihre Verluste anzubieten, spielt das Institut jetzt auf Zeit.

Und Hamburgs öffentliche Finanzen?

»Unser Haushalt ist solide und wetterfest « – so Finanzsenator Freytag zum Haushaltsentwurf Hamburgs. Das ist kühn, steht doch der Haushalt 2009/2010 schon jetzt auf äußerst tönernen Füßen. Nur durch den Zugriff auf die Überschüsse im Betriebshaushalt (2008-2010: 1,5 Mrd. Euro), die fast vollständige Plünderung der finanziellen Reserven der Stadt (2008-2010: 2,0 Mrd. Euro) und die Verschiebung dringend notwendiger Investitionen auf öffentliche Unternehmen (u.a. Hafenbau, Schulbausanierung und -neubau) kann in den bisherigen Planungen am Versprechen eines ausgeglichenen Haushalts festgehalten werden.

In der schwarz-grünen Koalition weiß niemand, welche Folgen die veränderten Rahmenbedingungen für die Finanzsituation der Stadt haben. Stattdessen werden wir auf später vertröstet. Der Senat werde sich nach der für den 25. November erwarteten Steuerschätzung mit dem Haushalt befassen, heißt es.

Fest steht schon jetzt, dass der Bund bei den Bürgschaften für die HSH Nordbank zur Voraussetzung macht, dass die Eigentümer, also vor allem Hamburg und Schleswig Holstein, die Eigenkapitalbasis der Bank stärken. Hamburg wird also erneut (wie schon Mitte des Jahres) mit mehreren 100 Mio. Euro bluten müssen.

Und: Seit Wochen pfeifen die Spatzen von den Dächern, dass sich (nicht nur) die deutsche Wirtschaft auf dem Weg in schwere Wirtschaftskrise befindet, die in ihren Dimensionen nur mit der Großen Depression in den 1930er Jahren zu vergleichen ist. Der IWF erwartet in seiner neusten Prognose in 2009 ein Schrumpfen der deutschen Wirtschaft um 0,8%. Die Auswirkungen sind in Hamburg schon zu spüren. So gibt es z.B. beim Containerumschlag – gegen alle Voraussagen, mit denen Elbvertiefung etc. begründet wurden – schon jetzt keine Zuwächse mehr und die Frachtraten sinken dramatisch (um 73%). Und es wird nicht mehr lange dauern, bis das auch auf dem Arbeitsmarkt zu spüren ist. Es ist keine kühne Annahme, davon auszugehen, dass wir in Hamburg sehr bald wieder 80.000 Arbeitslose und mehr haben werden.

Zur Krisenkonstellation gehört auch die chronische Schieflage in den Verteilungsverhältnissen, die Unternehmen und Vermögensbesitzer massiv begünstigt. Diese ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums hat entscheidend zur Entfaltung des Finanzmarktkapitalismus beigetragen, in dem die einen, nämlich die Unternehmen und die Vermögensbesitzer, nach möglichst rentabler Anlage für ihr vieles Geld gesucht haben, und die anderen, die Lohnabhängigen, wegen stagnierender oder sogar sinkender Reallöhne ihren bescheidenen Konsum über Kredite auch private Kapitalanlage (Riester-Rente etc.) zu finanzieren suchten. Hinzu kommt, dass

Unternehmen und Reichen sich nur völlig unzureichend an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen, was die Verschuldung der öffentlichen Haushalte massiv befördert hat. Nicht zuletzt: Eine schrumpfende Ökonomie bedeutet in der Regel auch schrumpfende Steuereinnahmen. Das wird die Planungen des Hamburger Senats sehr schnell über den Haufen werfen.

Linke Alternativen für Hamburg

Bei der HSH Nordbank muss endlich ein Kassensturz her. In die marode Bank dürfen keine Gelder mehr fließen (»Sozialisierung der Verluste«) ohne Gegenleistung und öffentliche Kontrolle, die eine Beschränkung der Managergehälter und die Ausrichtung der Geschäftspolitik der Bank aufs regionale Geschäft erzwingen. Hinzu kommen sollte die Rückverwandlung der HASPA aus einer Aktiengesellschaft in eine kommunale Sparkasse, in der die »kleinen Leute« ihre bescheidenen Ersparnisse sicher wissen und die vor allem die Kreditversorgung der kleinen und mittleren Unternehmen sicherstellt. Schließlich müssen auch bei den öffentlichen Unternehmen Hamburgs alle finanziellen Risiken aufgedeckt werden. So ist z.B. die australische Heuschrecke Babcock an der Tochter der Hochbahn Benex beteiligt.

Zudem darf es in Hamburg keine weiteren Privatisierungen öffentlichen Eigentums geben – auch keine so genannten Partnerschaftsprojekte (PPP), wie für den Schulbau in Planung bzw. in Harburg schon praktiziert. Stattdessen brauchen wir eine beschleunigte Kommunalisierung u.a. des Energiebereiches und des Gesundheitssektors.

Die Potenziale der 287 öffentlichen Unternehmen könnten genutzt werden, um in Hamburg eine sozial und ökologisch verträglichere Entwicklung auf den Weg zu bringen. So muss z.B. Druck auf die SAGA/GWG ausgeübt werden, ihre Geschäftspolitik nicht mehr vorrangig am Profit, sondern an der Versorgung der Stadt mit qualitativ hochwertigem, aber auch bezahlbarem Wohnraum (vor allem sozialen Wohnungsbau) auszurichten. Auch die Hochbahn sollte sich künftig wieder ausschließlich darauf konzentrieren, in Hamburg einen für alle BürgerInnen bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr zu organisieren.

Schließlich und endlich geht es um ein Antikrisenprogramm, dass durch Stärkung der Massenkaufkraft und öffentliche Investitionen die soziale Spaltung der Stadt bekämpft und die regionale Wirtschaftskreisläufe stabilisiert

- durch Verbesserungen für SozialleistungsempfängerInnen (z.B. kostenloses Mittagessen für Kinder, wirkliches Sozialticket u.a.);
- durch Abschaffung der Ein-Euro-Jobs und Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze;
- durch Investitionen in die soziale Infrastruktur (z.B. Schulen), deren Finanzierung u.a. durch den Stopp von »Leuchttürmen« wie der Elbphilharmonie sichergestellt werden kann.

Nicht zuletzt fordern wir die sofortige Einstellung von mehr Steuerprüfern und eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Mit solidarischen Grüßen

Beate Reiß

Bernhard Müller

SprecherInnen DIE LINKE.Altona

Aus der Bezirksfraktion



Rede des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Robert Jarowoy in der Bezirksversammlung Altona 28.10. 2008 zur Notwendigkeit der Enteignung des Frappant

Sehr geehrte Damen und Herren!

Offengestanden empfinde ich die Antwort des Amtes auf unsere Große Anfrage zur zukünftigen Umgehensweise mit dem Frappant-Gebäude unangemessen, arrogant und peinlich, die sich in zwei Monaten selber desavouieren wird, wenn die k-werkstatt den städtebaulichen Vertrag nicht erfüllen können wird.

Das Bezirksamt hat genau wie die vorigen Bezirksversammlungen seit Jahren bei der Gestaltung des Herzens von Altona, nämlich dem Bereich der Großen Bergstrasse, völlig versagt.

Die Möglichkeiten einer Kommune, die wir als Bezirk in Hamburg leider nur eingeschränkt haben, bestehen darin, über die städteplanerische Ausweisung durch Bebauungspläne die Stadtentwicklung zu bestimmen.

Diese Möglichkeit ist in bezug auf die Große Bergstrasse nicht wahrgenommen worden. Seit dem erkennbaren Niedergang der Großen Bergstrasse als Einkaufs- und Stadtzentrum Altonas vor ungefähr 15 Jahren wurde kein Bebauungsplanverfahren eingeleitet, um den Rückbau bzw. Abriss der monströsen Bausünden der 1960er Jahre

einzuweisen. Vielmehr wurde sehr viel Geld aus bezirklichen und Hamburger Mitteln zum Fenster hinausgeschmissen, um eine Planungswerkstatt zu installieren, deren Arbeitsergebnisse völlig missachtet wurden, während die ständige Neu- und Umbepflasterung der Großen Bergstrasse mit der von niemandem gewollten Kommunaltrasse mit Millionenbeträgen gefördert wurde.

Stattdessen wurde immer wieder auf's Neue mit Spekulanten und Pseudoinvestoren verhandelt, bis hin zum jetzt bestehenden städtebaulichen Vertrag mit der Schweizer Werkstatt, der nun, das Pfeifen die Spatzen von den Dächern, vor dem Aus steht.

Das Frappant-Gebäude gehört der Hypo Real Estate, der gerade 5,6 Mrd. Euro aus Steuergeldern bereitgestellt wurden, um sie vor der Insolvenz zu retten. Eine noble Geste von Frau Merkel und Herrn Steinbrück, Steinmeier oder wie immer die Herren heißen.

DIE LINKE.Altona will aber keine noblen Gesten für Spekulanten, die uns auf Jahrzehnte Altona versauen, sondern, dass der Bezirk endlich seine Verpflichtungen gegenüber der Altonaer Bevölkerung wahrnimmt und das tut, was ihm möglich ist und uns geboten erscheint: die Enteignung des Frappant-Monstrums nach dem Scheitern des dilettantischen städtebaulichen Vertrages und Abriss aus Bundesmitteln, was im Sanierungsgebiet möglich ist und auch vom Hamburger Oberbaudirektor Walther vorgeschlagen wurde.

Dies allerdings in planakzessorischer Weise, d.h. im Zusammenhang mit einem aufzustellenden B-Plan, der das Gelände für Wohnbebauung mit öffentlichem Grün ausweist.

DIE LINKE.Altona stellt fest, dass zentrale, ehemals öffentliche Flächen von der Hamburger Finanzbehörde unter Mitwirkung des Bezirksamtes und der Bezirksversammlung Altona an weltweit agierende Renditehunde wie Pirelli RE, Redwood Grove u.a. verschleudert werden, um dann nach deren Insolvenzen vom Steuerzahler als Schrottruinen zurückgekauft werden sollen bzw. müssen.

Das wollen wir als gewählte Vertreter/innen der Bevölkerung nicht länger hinnehmen. Deswegen fordern wir auch als symbolischen richtungsweisenden Akt die planakzessorische Enteignung des Frappant-Gebäudes nach dem Scheitern des städtebaulichen Vertrages am 2. Januar 2009.

**Kleiner Vorgeschmack:
So grau und leblos würde es bald in Altona aussehen,
wenn es nur nach den (Wunsch-) Träumen
einiger Altonaer Politikerinnen & Politiker ginge.**

Doch nicht mit uns!!!

Wir Kämpfen!



Hände weg von Altonas Grünflächen!!!

**Weit über 7000 Unterschriften für das Bürgerbegehren zum
Erhalt der
Altonaer Kleingärten wurden bisher gesammelt.
Zur feierlichen Übergabe der Unterschriften im Bezirksamt
Altona
sind alle Freunde und Unterstützer herzlich einladen.**

Donnerstag, 27. November

16.15 Treffpunkt am Spritzenplatz in Ottensen
Laternenumzug mit vielen Kindern zum
Altonaer Rathaus

17.00 Pressekonferenz vor dem Rathaus
und Übergabe der Unterschriften
Kommt in Scharen, denn am selben Tag ist ab
18.00 Uhr Bezirksversammlung.

Rede des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Robert Jarowoy, in der Bezirksversammlung Altona 30.10. 2008 zur Finanzierung des Autobahndeckels und Ablehnung des Verkaufs der Kleingärten

Sehr geehrte Damen und Herren!

Da ich mich nicht wieder durch Zwischenrufe des CDU-Fraktionsvorsitzenden, Sczcesny, aus dem Konzept bringen lassen möchte, habe ich ihm ein Stück seines Lieblingskäses aus der »Ostzone« mitgebracht. Es handelt sich hier um einen Nöckeloust, der allerdings, man möge mir den Fehler verzeihen, nicht aus der »Ostzone«, sondern aus Oslo kommt. Ich werde ihn jetzt Herrn Sczcesny überreichen und hoffe, dass dies in der Lokalpresse so bewertet wird, dass Die Linke dem CDU-Fraktionsvorsitzenden das Maul stopft. (Während ich dann den Käse übergab, formulierte der BV-Vorsitzende Grutzeck, ebenfalls CDU, dass es womöglich auch heißen könne »Die Linke redet immer nur Käse«.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich will jetzt gar nicht von den 600 Mio. Euro für die HSH-Nordbank reden, die Hamburg berappen muss und kann, ich will auch nicht von der Elbphilharmonie, dem Tamm-Kriegsmuseum, der Hafen-city oder der U4 reden, wo der Hamburger Senat weitere viele hundert Millionen Euro Steuergelder verbubelt. Nein, ich möchte mich heute mal auf eine Comedyserie im NDR beziehen, wo der Vorschlag unterbreitet wurde, die Autoabsatzkrise dadurch zu lösen, dass der Staat jedem der 30 Mio. deutscher Familien-Haushalte einen Neuwagen vor die Tür stellt. 30 Millionen mal 20.000 Euro würden 600 Mrd. Euro ergeben. Das ist gerade mal soviel, wie das Rettungspaket für die Banken beträgt. Soviel hat der Staat für die Banken auf der hohen Kante. So viel Geld wie 30 Mio. Neuwagen kosten würden. Das muss man sich einmal vor Augen führen, wenn hier über vorhandenes oder angeblich nicht vorhandenes Geld gesprochen wird.

Man kann aber auch von der größten innerstädtischen Freifläche Europas sprechen, nämlich dem ehemaligen Altonaer Güterbahnhofgelände, das der Bahn geschenkt und von dieser an eine Spekulantentruppe von den Cayman-Inseln verscherbelt wurde. Von wegen, es gebe in Altona nicht genügend Flächen für Wohnungsbau. Welcher Hohn!

Wir können aber auch davon sprechen, dass das Gelände zwischen der Paul-Ehrlich-Strasse und der Autobahn (Parkhaus Aquafit) nach wie vor der Stadt gehört und nicht zum Verkauf vorgesehen ist, obwohl es, zusammen mit dem Grundstück der Autobahnmeisterei und dem der ehemaligen Sondernutzungszentrale des Bauamtes zwischen Boursweg und Autobahn und der entstehenden Deckelfläche über der Autobahn genauso groß wäre wie die Kleingartenareale.

Und wir können auch darüber sprechen, warum der Deckel, wenn er denn überhaupt in die Verfügungsgewalt Hamburgs kommen sollte, nicht für Tennisanlagen bereitgestellt und die städtischen Tennisareale am Rothenbaum als renditekräftiges Bauland für Wohnungsbau genutzt und mit dem Verkaufserlös der Deckel finanziert wird.

Aber all das geht angeblich nicht, weil einzig und allein die Altonaer Kleingartenareale für die Kosten des Deckels herhalten sollen.

Warum wohl? Weil die Übergabepäne an Pirelli oder sonst wen womöglich schon fertig sind und die Provisionen auf den Konten der Hypo Real Estate bereitliegen? Oder, weil es in Hamburg einen sportlichen Wettbewerb gibt, wer am meisten Bürgerentscheide außer Kraft setzt?

Das wissen wir natürlich nicht, und wenn wir es wüssten, dürften wir es nicht verraten, weil es unter das Vertraulichkeitsgebot fiel.

Was wir aber ganz genau wissen, ist, dass die Altonaerinnen und Altonaer ihre Kleingärten behalten wollen – Kleingärten, die seit hundert Jahren zu Altona gehören wie einst das Bismarckbad!

Umwelt- und Verbraucherschutzausschuss der Bezirksversammlung Altona

Melaminbelastete Milchprodukte aus der VR China

Konsequenzen für die Lebensmittelüberwachung des Fachamtes Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt des Bezirks Altona?

von Dirk Kölsche und Carsten Strasser

Am 30.9.2008 trat die vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erlassene Eilverordnung in Kraft, die ein Einfuhrverbot von Babynahrung aus der VR China anordnet. Außerdem sollen die Kontrollen der Lebensmittelüberwachung verstärkt werden (vgl. Pressemitteilung Nr. 152 v. 30.9.2008 des BMELV und Hamburger Abendblatt vom 1.10.2008 »Einfuhrverbot für Babynahrung«).

Zwischenzeitlich hatte der Melaminskandal Deutschland erreicht: In Baden – Württemberg sind mit der Industriechemikalie Melamin verseuchte Milchbonbons der Marke „White Rabbit“ aufgetaucht (vgl. Hamburger Abendblatt vom 1.10.2008 und vom 2.10.2008).

Vor diesem Hintergrund beantragte die Fraktion DIE LINKE das Thema »Melaminbelastete Lebensmittel aus der VR China – Konsequenzen für die Lebensmittelüberwachung des Fachamtes Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt des Bezirks Altona?« auf die Tagesordnung für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Verbraucherschutz der Bezirksversammlung Altona am 27.10.2008 zu setzen.

Das Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt wurde gebeten, dem Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz Bericht zu erstatten über Art und Umfang der Lebensmittelüberwachungsmaßnahmen im Bezirk Altona zum Schutz der VerbraucherInnen vor melaminbelasteten Lebensmitteln, die bereits vor in Kraft treten des Einfuhrverbots eingeführt wurden oder unter Verstoß gegen dieses Verbot eingeführt werden.

In der besagten Ausschusssitzung nahm der entsprechende Abteilungsleiter konkret Stellung zu möglichen Vorgängen im Bereich Altona. Es gibt seit 2006 die Pflicht eines jeden Herstellers von Lebensmitteln, der in Altona ansässig ist, sich selbst anzuzeigen, falls verbrauchergefährdende Lebensmittel produziert worden sind. Seitdem gab es einige »Schnellwarnungen« mit Hinweisen auf Großhändler in Hamburg. Dabei wurde jedoch nur ein Betrieb ermittelt, der Melamin in seinen Produkten aufwies – da die Ware jedoch umgehend in die Niederlande verbracht worden sind, gab es lediglich eine Meldung an die Landesbehörde, nicht jedoch eine Beprobung der Lebensmittel. Allerdings soll – durch die Meldungen in der Presse aufgeschreckt – als Konsequenz, zukünftig mehr auf solche Waren geachtet werden. DIE LINKE hat sich zum Ziel gesetzt, die Einhaltung dieses Vorsatzes, ganz im Sinne der Verbraucherschutzes, auch weiterhin zu kontrollieren.

Verkehrs- und Quartiersentwicklungspolitik

Sternschanze: Beteiligung der Öffentlichkeit an den Planungen sicherstellen!

von Georg Möller und Carsten Strasser

Seit 1.3.2008 gehört der neu gebildete Stadtteil Sternschanze zum Bezirk Altona. Mit über 20 % der Stimmen hat DIE LINKE bei den diesjährigen Wahlen zur Bezirksversammlung im Schanzenviertel ein überdurchschnittliches Wahlergebnis erzielt. Unsere Themen Privatisierung stoppen, öffentliches Eigentum stärken, Demokratisierung voranbringen und soziale Stadtteilentwicklung fördern, haben offensichtlich das angesprochen, was den BewohnerInnen des Viertels auf den Nägeln brennt.

Die private Nutzung des Wasserturms im Schanzenpark durch das Mövenpick-Hotel steht exemplarisch für eine Politik, die den Willen der Bewohnerinnen und Bewohner des Schanzenviertels nicht beachtet und das private Gewinnstreben einzelner über öffentliche Interessen stellt. DIE LINKE hat den politischen Auftrag, dies zu kritisieren und dagegen eigene Forderungen zu entwickeln, die den Bedürfnisse der BürgerInnen Rechnung tragen und diese einbeziehen in die Entscheidungsprozesse: Es gilt z.B. den Schanzenpark als *öffentliche* Grünanlage zu erhalten und weiterzuentwickeln. Der Schanzenpark darf nicht im Interesse gewerblicher Nutzungen, wie z. B. des Hotels umgestaltet werden. Eine wirklich wirksame Beteiligung der Öffentlichkeit an Planungen muss durchgesetzt werden.

Der Verkehrsausschuss hatte sich in seiner Sitzung am 3.11.2008 mit einer Verwaltungsvorlage zu befassen, in der es um die Umgestaltung der Fuß- und Radwegeverbindung zwischen Rentzel- und Schanzenstraße ging. Für rund 1,1 Mio. Euro soll diese Wegeverbindung neu geordnet werden. Die Planungen sehen u.a. vor, den Empfangsbereich des Hotels neu zu gestalten und den Eingangsbereich des U/S-Bahnhofs Sternschanze mit einem Sternenhimmel auszuleuchten. Auf Antrag von CDU und GAL soll dieses Konzept nochmals geprüft und schon jetzt die Planung für den ersten Abschnitt der Wegeverbindung zwischen Rentzelstraße und Buskehre Sternschanze (Straße) in Auftrag gegeben werden.

Die Linke hat demgegenüber gefordert, die Beplanung des Straßenzuges Sternschanze bis zur Rentzelstraße aufzugeben und die dafür vorgesehenen Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur des Schanzenparks zu nutzen. Die entsprechende Planung soll öffentlich und unter Beteiligung der BewohnerInnen des Quartiers stattfinden. Außerdem beantragte die Linksfraktion, das Bezirksamt dazu aufzufordern, zu prüfen, inwieweit gewerbliche Anlieger in Analogie zu ähnlichen Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen an den Kosten beteiligt werden können oder müssen. Die schwarz-grüne Mehrheit – aber auch die Vertreter von SPD und FDP – stimmten im Verkehrsausschuss gegen die Forderungen der Linken.

Zur Begründung ihrer Forderungen hatte die Linke im Verkehrsausschuss ausgeführt: *»Der Schanzenpark ist in den vergangenen Jahre immer wieder Ausgangspunkt von Debatten und Auseinandersetzungen um die Entwicklungen im und rund um den Park gewesen.*

Weder Politik noch Verwaltung und schon gar nicht neu angesiedeltes Gewerbe haben es bislang und nachhaltig verstanden, Bewohner wirklich in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Inzwischen ist die Verantwortung für den überwiegenden Teil des Parks auf den Bezirk Altona übergegangen. Die zurzeit amtsintern debattierten Planungen zum Straßenzug Sternschanze bis Rentzelstraße, lässt

sowohl die öffentliche Beteiligung, als auch die Gesamtfläche des Parks außerhalb des Planungsblickes. Dabei werden Bebauungen und Eingriffe, wie z.B. eine Freitreppe von der U-Bahnstation zum Hotel, geplant, die beinahe ausschließlich dem Hotelbetreiber im Park zu Gute kämen. Der Einsatz öffentlicher Mittel ist in diesem Falle mehr als fraglich. Eine Entscheidung auf Basis der vorliegenden Beschlussvorlage wäre leichtfertig und überdies riskant, weil bestehende Konflikte nicht gelöst, sondern neu verschärft werden. Drei Punkte stehen dabei im Fokus: Die fehlende öffentliche Beteiligung im Planungsverfahren, die fehlende Einbeziehung privater Mittel auf der Kostenseite und eine völlig unfertige Planung im Bezug auf die Integration des neu geordneten Fahrradverkehrs in den fließenden Umfeldverkehr.»

Bereits in der September-Sitzung der Bezirksversammlung stimmten alle anderen Fraktionen gegen den Antrag der Linken, das Bezirksamt zu beauftragen, einen Vorschlag für ein regelmäßig tagendes Zukunftsforum Schanzenviertel auszuarbeiten. Dieses Zukunftsforum soll dazu dienen, die weitere Entwicklung des Stadtteils Sternschanze gemeinsam mit den BewohnerInnen zu erörtern und Lösungsvorschläge für Probleme des Stadtteils zu entwickeln.

Ebenso wenig Zustimmung der anderen Fraktionen fand unser Antrag, das Bezirksamt zu beauftragen, für die Susannenstraße ein Konzept für eine autofreie Zone zu entwickeln und dabei die Nutzungsinteressen der Außengastronomie, der Anlieger- und Zulieferverkehre angemessen zu berücksichtigen.

Die Linken sollten in den nächsten Monaten das Gespräch mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Schanzenviertels suchen und mit ihnen ihre Forderungen nach besserer Beteiligung der Öffentlichkeit im Schanzenviertel diskutieren. Denkbar wäre, dass die linke Bezirksfraktion dazu eine öffentliche Fraktionssitzung im Schanzenviertel durchführt.



Aus der Partei

Bericht aus der Stadteilgruppe Altona-Nord

Auf unserem letzten Treffen hat uns Roland, der auch in der AG Umwelt mitarbeitet, auf die Forderung von Greenpeace hingewiesen, die steuerliche Absetzbarkeit für (große) Dienstwagen abzuschaffen. Näheres findet Ihr bei: www.greenpeace.de.

Anita berichtete, dass die neueröffnete Chemnitz-Schule »Kulturschule« werden soll wegen ihrer vielfältigen Aktivitäten auf diesem Gebiet und gab uns einen Einblick in die regionalen Schulkreis-Konferenzen, auf denen über die Neugestaltung des Schulwesens in Hamburg beraten wird. Hier muss DIE LINKE kritisieren, dass dort nur Empfehlungen an die Schulbehörde beschlossen werden sollen und keine Mitbestimmung vorgesehen ist.

Zum Thema Afghanistan hat Günter bei der letzten Kanzelreden-Veranstaltung einen beeindruckenden Beitrag gehalten, u.a. mit dem berühmten Fontane-Gedicht dazu, nachzulesen bei

[http://de.wikisource.org/wiki/Das_Trauerspiel_von_Afghanistan_\(Fontane\)](http://de.wikisource.org/wiki/Das_Trauerspiel_von_Afghanistan_(Fontane)).

Auf unserer nächsten Sitzung am Montag, 10. November um 19 Uhr in der Blinzelbar wird Norbert Hackbusch uns aus der Bürgerschaft berichten und Michael vom aktuellen Stand der Planungen für die Neubebauung der Großen Bergstraße. Außerdem gibt es Informationen über die offizielle Veranstaltung zur Erinnerung an die Pogromnacht vom 9. November 1938 (am »Schwarzen Stein« gegenüber vom Rathaus) sowie eine in der Großen Bergstraße bei der Blinzelbar.

Werner Haertel

Aus dem Bezirk

Centro Sociale – neue Formen der Selbstverwaltung stärken !

von Kay Burmeister

Am 12.10.2008 gründeten, nach einem von über 100 Menschen besuchten Plenum, 55 TeilnehmerInnen die Sozialgenossenschaft St. Nord und rundum eG, die als Trägerin für das Stadtteilprojekt Centro Sociale fungiert. Das Centro Soziale nutzt seit ca. sieben Monaten ein Teil des denkmalgeschützten Pferdestall in der Sternstr. 2, der mietfrei von der Lerchenhof eG zur Verfügung gestellt wird, und bemüht sich zur Zeit um einen Untermietvertrag bei der Städtischen Entwicklungsgesellschaft (SteG), die das städtische Gebäude verwaltet. Das Ziel der Genossenschaft ist es ab dem 31.12.2009, wenn der Mietvertrag mit der Lerchenhof eG als Hauptmieterin ausläuft, das Gebäude zu möglichst günstigen Konditionen zu übernehmen. Um dieses Ziel zu erreichen braucht

das Centro Sociale eine breite Unterstützung in den umliegenden Stadtteilen, in der Politik aber vor allem viele aktive MitstreiterInnen und Genossenschaftsmitglieder.



Einige Gründe warum wir die Sozialgenossenschaft St. Nord und rundrum eG unterstützen sollten:

- Die Genossenschaft sucht nach neuen gleichberechtigten Mitbestimmungsformen.
- Alle AnwohnerInnen und MitstreiterInnen können im monatlichem Plenum gleichberechtigt mitentscheiden, egal ob Sie Genossenschaftsmitglieder sind oder nicht.
- Jedes Genossenschaftsmitglied hat auf der Generalversammlung nur eine Stimme, egal wie viele Anteile es besitzt.
- Ein Genossenschaftsanteil ist für jedermann erschwinglich. Es kostet 100 Euro und kann gegebenenfalls auch in fünf Raten zu 20 Euro eingezahlt werden.
- Für Menschen ohne Geld ist ein Solifonds geplant.
- Im Falle von finanziellen Schwierigkeiten ist eine Nachzahlung per Satzung ausgeschlossen.
- Das Centro Sociale steht für Freiräume ohne Konsumzwang und gegen die Umstrukturierung des bzw. der Stadtteile.
- Das Centro Sociale ist ein Beispiel dafür, wie teilprivatisiertes Eigentum unter gesellschaftliche, demokratische Kontrolle gestellt werden kann.

Die Konzeption und Ausrichtung der Sozialgenossenschaft St. Pauli Nord und rundrum eG sowie die leidenschaftlich, aber konstruktiv geführte Diskussion um die Satzung bewegten mich dazu, spontan in die Genossenschaft einzutreten. Anzumerken bleibt noch, dass auf der gleich anschließenden konstituierenden Generalversammlung sowohl der Vorstand als auch der Aufsichtsrat per Listenwahl einstimmig gewählt wurden. Angesichts der Heterogenität der Mitglieder ist dies eine eindrucksvolle Demonstration der Geschlossenheit und des gegenseitigen Vertrauens. Nach meiner Einschätzung ist diese Genossenschaft nicht nur willens, sondern auch in der Lage, den Kampf um das Gebäude in der Sternstr. 2 erfolgreich zu führen und dieses zu betreiben.

Das Angebot umfasst inzwischen: eine Hartz IV Gruppe, Fahrradwerkstatt, Volkküche, Kinder und Jugendtreff, Musikertreff, monatlicher Flohmarkt, Filmveranstaltungen u.a.

Weitere Informationen unter <http://www.centrosociale.de/>

Termine

Montag 17.11. Mitgliederversammlung DIE LINKE.Altona

Zeit: 19.30 Uhr

Ort: Am Felde 2

Feiern Quatschen Essen Trinken

Freitag, den 21. Nov. 2008 im „Turm“

ab 20.00 Uhr

Bergiusstr. (zwischen Zeise-Kino und Lederladen)

Seid herzlichst willkommen und bringt zahlreich Freunde und Interessierte mit 😊

Anmeldungen erwünscht bis 17.11.08: per mail bei Frank: franschu@web.de
oder telefonisch bei Dirk 0174/1706461

Freitag 21.11. Linke Alternativen in der Finanzkrise – eine Kontroverse

Zeit: 18.00 Uhr

Ort: Georg-Asmussen-Haus

Böckmannstraße 3

20099 Hamburg

Montag 24.11. Treffen der Altonaer Delegierten für den Landesparteitag

Zeit: 19.30 Uhr

Ort: Am Felde 2

Donnerstag den 27. 11. Bezirksversammlung Altona

Zeit: 18.00 Uhr

Ort: Altonaer Rathaus

Samstag/Sonntag 29./30.11. Landesparteitag DIE.LINKE Hamburg

Ort: Bürgerhaus Wilhelmsburg

Montag 1.12. DIE LINKE. Altona Bezirksvorstand

Zeit: 19.30 Uhr
Ort: Am Felde 2

Montag 15.12. Mitgliederversammlung DIE LINKE.Altona

(siehe dazu die Einladung in diesem Info)

Zeit: 19.30 Uhr
Ort: Am Felde 2

Stadtteilgruppen

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Nächstes Treffen: 8.12.
Zeit: 19.30 Uhr
Ort: bitte erfragen

Kontakt:

Werner Haertel, Tel.: 040/2005467

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Nächstes Treffen: bitte erfragen
Zeit: 19.30 Uhr
Ort: Parteibüro, Am Felde 2

Kontakt:

Stefan Ziefle, Tel: 040-3861 25 42

Marcel Bois, Tel.: 040-43 27 28 61

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Nächstes Treffen: 19.11.
Zeit: 19.30 Uhr
Ort: »Mokka«-Café, Bahrenfelder Chausse 29/ Ecke Mendelsohnstraße

Kontakt:

Horst Schneider, Tel.: 040-890 25 87

Karsten Strasser, Tel.: 040-390 85 55

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf/Iserbrook

Nächstes Treffen: 13.11.
Ort: Stadtteilhaus Lurup, Böverstland 38
Zeit: 19.30 Uhr

Kontakt:

Susanne David, Tel.: 040-560 57 26
Dirk Kölsche, Tel.: 040-28 78 16 72

Stadtteilgruppe Ottensen

Nächstes Treffen: 8.12.
Ort: Parteibüro, Am Felde 2
Zeit: 19.30 Uhr

Kontakt:

Beate Reiss, Tel: 040/396386

An die Mitglieder
DIE LINKE. Bezirksverband Altona

Einladung zur Mitgliederversammlung

Am: Montag, den 17. November Beginn: 19.30 Uhr

Ort: Parteibüro – Im Felde 2

Vorläufige Tagesordnung

1. Begrüßung/Diskussionsleitung/Protokoll
2. Beschlussfassung Tagesordnung
3. Vorbereitung Landesparteitag: Globale Finanz- und Wirtschaftskrise und die Aufgaben der Linken – eine Kontroverse (dazu anbei zwei Leitanträge zum Parteitag)
4. Bericht aus der Bürgerschaft
5. Bericht aus der Bezirksversammlung
6. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen

Beate Reiß (Tel.: 0174/6102395)

Bernhard Müller (Tel.: 0160/92316471)

Gerd Lauermann (Tel.:0163/6345184)